

CDU-Fraktion  
Frau Küster

über  
Büro der Stadtverordnetenversammlung

Berliner Platz 1  
35390 Gießen

■ Auskunft erteilt: Dietlind Grabe-Bolz  
Zimmer-Nr.: 02-009  
Telefon: 0641 306-1001  
Telefax: 0641 306-2001  
E-Mail: dietlind.grabe-bolz@giessen.de

Datum: 7. Mai 2015

**Anfrage gemäß § 30 GO der CDU-Fraktion vom 27.04.2015; Drucksache-Nr.: ANF/2730/2015**

Sehr geehrte Frau Küster,

Ihre Anfrage beantworte ich wie folgt:

*„Welche Zwischenfälle wurden durch die Videoüberwachung am Marktplatz dokumentiert?“*

**Antwort:**

Im Januar 2012 wurden verschiedene technische Änderungen an der Videoschutzanlage erforderlich. Im Zuge dessen wurde eine Kosten/Nutzen Analyse von der Stadt in Kooperation mit der Polizei auch unter Einbezug des § 14 Abs. 3 HSOG durchgeführt, bei der festgestellt wurde, dass die Videoschutzanlage lediglich eine überschaubare Abschreckungswirkung hat, nicht jedoch tatsächlich bei der Aufklärung von Straftaten hilfreich ist.

Deshalb wurden die technischen Änderungen nicht durchgeführt, sondern die Kamera am Marktplatz 2012 in das bereits bestehende System der Verkehrsbeobachtung integriert und wird seither ausschließlich zur Verkehrsbeobachtung genutzt. Dies beinhaltet u. a., dass keine Bilder gespeichert werden.

Eine Zunahme von Straftaten aufgrund der Umfunktionierung der Kamera in diesem Bereich zu dieser Zeit konnte nicht festgestellt werden. Dies konnte beispielsweise durch regelmäßige Kontrollgänge auch nach dem Abschalten der Anlage bestätigt werden.

Der Magistrat weiß um die derzeitigen Problematiken am Marktplatz. So sind dort regelmäßig alkoholisierte Gruppen mit den entsprechenden Auswirkungen anzutreffen. Dies führt auch dazu, dass Bürgerinnen und Bürger den Marktplatz meiden. Da es sich aber hierbei um den zentralen Busumschlagsplatz handelt, ist dieser Wirkung aus Sicht des Magistrates entgegenzutreten.

Mit dem Neubau des Marktplatzes gingen planerische Fehlentwicklungen einher, die zu einer Verschärfung der Situation geführt haben. Hierzu gehört vorrangig die Gestaltung der Buswartehäuschen, welche nicht einsehbar sind. Hier kann der Magistrat jedoch aktuell keine Verbesserungen herbeiführen, da ansonsten Rückzahlungsverpflichtungen an die Zuschussgeber entstehen würden. Soweit der Magistrat Einfluss auf die baulichen Voraussetzungen nehmen kann, ist er bereits tätig geworden. Hierzu gehören der Abbau der Umrandung des Baumes und die Installation der Fahrradabstellanlagen.

Darüber hinaus sind sich alle Akteure – Stadt, Polizei, aufsuchende Straßensozialarbeit einig, dass eine Beruhigung der Situation nur in enger Kooperation miteinander gelingen kann. Nur im Zusammenspiel zwischen Repression und Prävention können Maßnahmen erfolgreich sein.

Eine Videoüberwachung im öffentlichen Raum – auch hier sind sich Stadt und Polizei einig – muss durch weitere Maßnahmen begleitet werden. Hierzu gehören eine dezidierte Auswertung, regelmäßige gemeinsame Kontrollgänge, unmittelbare Ansprechbarkeit von Polizei, Ordnungspolizeibeamtinnen und -beamten sowie sozialpädagogische Angebote.

Deshalb hat der Magistrat zum 01.01.2014 mit dem Diakonischen Werk Gießen einen leistungsorientierten Zuwendungsvertrag über die aufsuchende Straßensozialarbeit für die Gießener Innenstadt geschlossen. Damit wurde diese Leistung, die bereits seit Juli 2010 durch eine jährliche Zuwendung erfolgte, vertraglich und damit dauerhaft gesichert. Wie die regelmäßigen Berichte der Straßensozialarbeit belegen, kann hierdurch eine nicht unerhebliche Zahl von Menschen in einen geregelten Tagesablauf integriert werden.

Um die Situation weiterhin auch durch sozialpädagogische Angebote begleiten und damit verbessern zu können, hält deshalb der Magistrat auch an der aufsuchenden Straßensozialarbeit fest.

Weitere Maßnahmen zur Überwachung der Lage sind:

- Regelmäßig tagender runder Tisch „Problemgruppen in der Innenstadt“
- Gemeinsame Kontrollgänge von Ordnungsamt und Polizei
- Enge Zusammenarbeit der Straßensozialarbeit und den Beamtinnen und Beamten vor Ort
- Austausch zwischen Ordnungsamt und Straßensozialarbeit.

In diesem Zusammenspiel konnte zeitweise eine Beruhigung der Lage am Marktplatz von allen Akteuren bestätigt werden.

In jüngerer Vergangenheit ist jedoch wieder eine Verstärkung der Problemlagen erkennbar. Dies beruht auf neuen Personen, zu denen zunächst ein Zugang sowohl von Seiten der Straßensozialarbeit als auch von Polizei und Ordnungsamt hergestellt werden muss. Hier sind vorrangig, wie auch von der Polizei bestätigt, subjektive Beeinträchtigungen und Belästigungen des Sicherheitsgefühls, nicht aber ein Anstieg an Gewaltdelikten zu vermerken. Um jedoch die Situation zu verbessern, befindet sich der Magistrat im intensivierten Austausch mit der Polizei, ob eine gemeinsame Verstärkung der Präsenz vor Ort möglich erscheint. Darüber hinaus prüft der Magistrat die Einrichtung einer Alkoholverbotzone für den gegenständlichen Bereich. Ziel soll sein, in einer ersten Phase die Auswirkungen eines solchen Vorgehens zu testen. Da es sich hierbei um grundrechtsrelevante Eingriffe handelt, sind die Vorbereitungen sehr umfangreich, weshalb sie noch nicht ausgewertet werden können. Der Magistrat arbeitet aber konsequent daran.

Die intensivierten Gespräche mit der Polizei, welche seit Ende 2014 aufgenommen wurden, dauern derzeit an und versprechen eine Verbesserung. So schreibt Herr Polizeipräsident Schweizer im Dezember 2014 an die Stadt: „Für Ihre konstruktiven Vorschläge und die Bereitschaft, die Herausforderungen in unserer Stadt gemeinsam anzugehen, darf ich mich schon jetzt bedanken. Einer gemeinsamen Bestandsaufnahme im Anschluss an die Maßnahmen sehe ich positiv entgegen.“

**Zusatzfrage 1:**

„Welche Erkenntnisse zieht der Magistrat aus der Videoüberwachung am Marktplatz z. B. im Hinblick auf die Trinkerszene?“

**Antwort:**

entfällt

**Zusatzfrage 2:**

„Welche Konsequenzen hat der Magistrat bislang aus diesen Erkenntnissen gezogen?“

**Antwort:**

entfällt

Mit freundlichen Grüßen

D. Grabe-Bolz

Dietlind Grabe-Bolz  
Oberbürgermeisterin

Verteiler:

Magistrat

SPD-Fraktion

CDU-Fraktion

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

FW-Fraktion

DIE LINKE. Fraktion

FDP-Fraktion

Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen